



Peter Lüscher, lic. iur.  
Geschäftsführer der AIHK, Aarau

## Haben Sie es bemerkt, das neue AIHK-Logo?

Liebe Leserinnen und Leser

Diese «AIHK Mitteilungen» widmen sich schwergewichtig unserer Generalversammlung. Falls Sie in Wettingen nicht dabei sein konnten, finden Sie Informationen und Bilder dazu auf den folgenden Seiten. An der GV hatte auch das neue Logo seinen ersten Auftritt. Aufmerksame Leserinnen und Leser haben es in der letzten Ausgabe, die am Tag der GV erschienen ist, bereits sehen können. Wir hoffen, es gefalle auch Ihnen.

Die zunehmende Verrechtlichung macht den Unternehmen zu schaffen. Daniel Knecht ging in seiner Präsidiānsprache auf diese Problematik ein. Seinen Redetext finden Sie in diesem Heft. Daneben präsentieren wir Ihnen die Vorstandsmitglieder für die Amtsperiode 2016–2020. Die gewählten Damen und

Herren sind in kleinen, mittleren und grossen Unternehmen in allen Regionen und in unterschiedlichen Branchen tätig. Diese breite Abstützung ist für die Festlegung unserer Marschrichtung wichtig. Sie garantiert eine breite, unternehmerisch geprägte Sicht auf die sich stellenden Fragen in der Politik, ausgerichtet auf unser strategisches Ziel: Unser Kernanliegen ist ein attraktiver Unternehmensstandort Aargau mit optimalen Rahmenbedingungen für die hier ansässigen Unternehmen. Für dessen Erhalt ist eine dauernde Optimierung der Standortbedingungen notwendig. Wir setzen uns ein für die Erhaltung der Industrie, den Ausbau wertschöpfungsintensiver Dienstleistungen und die Verbesserung der globalen Konkurrenzfähigkeit der Aargauer Unternehmen – kurz: Wir sind «Aktiv für die Unternehmen».

### «Es braucht in erster Linie unternehmerische Leistung»

An der Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer dankte AIHK-Präsident Daniel Knecht den anwesenden Unternehmerinnen und Unternehmern für ihren grossen Einsatz. Er lud sie ein, die anstehenden Wahlen in Kanton und Gemeinden zu nutzen, sich selber wieder vermehrt in die Politik einzumischen. Die zahlreich anwesenden Politikerinnen und Politiker ermunterte er hingegen, mit weniger Reglementierungen auszukommen. Seine Rede ist auf den folgenden Seiten dokumentiert. > Seite 46

### AIHK-Vorstand für die Amtsperiode 2016–2020

Die stimmberechtigten Anwesenden bestätigten an der Generalversammlung den Präsidenten Daniel Knecht sowie 25 Mitglieder des Vorstandes im Amt und wählten vier neue Vorstandsmitglieder für die Amtsperiode 2016–2020. Die Vorstandsmitglieder im Überblick finden Sie in den Randspalten auf den [Seiten 47 und 49](#)

### Initiativen und Referendum aus links-grünem Köcher

Die Sommerferien nahen. Wenige Wochen nach den Ferien, nämlich am 25. September 2016, steht der nächste Abstimmungstermin an. Dabei werden drei eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung gebracht. Ob und allenfalls welche kantonalen Vorlagen zur Abstimmung gelangen werden, ist derzeit noch offen. Vor der Sommerpause will die AIHK die eidgenössischen Vorlagen, bei denen sich ein Graben zwischen Bürgerlichen und Links-Grün abzeichnet, kurz vorstellen. > Seite 50

### Neue Serie: Bundesparlamentarier im Duett befragt

Seit dem letzten Herbst, als der Aargau seine Vertreterinnen und Vertreter für den National- und Ständerat gewählt hat, sind bereits einige Monate vergangen. Zeit, um den gewählten Politikerinnen und Politikern auf den Zahn zu fühlen: Im Rahmen einer Serie bittet die AIHK jeweils zwei Aargauer Bundesparlamentarier zum Direktvergleich. Heute im Fokus sind Sylvia Flückiger-Bäni von der SVP und Beat Flach von der GLP. > Seite 52

## GENERALVERSAMMLUNG 2016



### Neues Logo, bewährtes Versprechen

Im frischen Ambiente des mit dem neuen AIHK-Logo geschmückten Saales begrüsst Präsident Daniel Knecht an der Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer rund 450 Mitglieder und Gäste zu einer «Kampfpause». Er zollte den Anwesenden Respekt und Anerkennung für ihren Einsatz für die Aargauer Wirtschaft vor dem Hintergrund des beschleunigten Strukturwandels. Knecht verwies auch stolz auf die Leistungen der AIHK, die unter dem Jahr ihr Versprechen «Aktiv für die Unternehmen» wahr macht.



Daniel Knecht, Präsident der AIHK und Unternehmer in Brugg

## «Es braucht in erster Linie unternehmerische Leistung»

**An der Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer dankte AIHK-Präsident Daniel Knecht den anwesenden Unternehmerinnen und Unternehmern für ihren grossen Einsatz. Er lud sie ein, die anstehenden Wahlen in Kanton und Gemeinden zu nutzen, sich selber wieder vermehrt in die Politik einzumischen. Die zahlreich anwesenden Politikerinnen und Politiker ermunterte er hingegen, mit weniger Reglementierungen auszukommen. Seine Rede ist im Folgenden dokumentiert.**

Wir alle sind am kämpfen. Willkommen in der Kampfpause! Ich entbiete Ihnen meinen Respekt und meinen Dank für Ihren Einsatz in den Betrieben und Ihr Hiersein. Sie zeigen uns damit Ihre Verbundenheit mit unserer gemeinsamen Sache.

Machen wir uns nichts vor: Wechselkurschock und der gleichzeitige Paradigmenwechsel im Handel, hin zu den elektronischen Plattformen, zwingen unsere Wirtschaft in den grössten Umstrukturierungsprozess der letzten 25 Jahre. In diesem Anpassungsprozess sind wir erst mitten drin. Er dürfte sicher noch ein weiteres Jahr anhalten. Je nach Branche ist die Betroffenheit aber völlig unterschiedlich. Die Lage über alles ist auch für mich überraschend robust. Hoffen wir, dass wir uns nicht in Scheinsicherheit wiegen. Denn: Wenn Sie die Füsse im Höllenfeuer und

den Kopf im Polareis stecken haben, so ist die durchschnittliche Temperatur angenehm!

Die aktuelle Lage in den Unternehmen sieht zum Teil düster aus. Kostensenkung, Auslagerung müssen geprüft oder sogar Schliessung erwogen werden. Erfreulicherweise gibt es aber auch Betriebe, denen es gut geht. Eine grosse Gruppe von Unternehmen schätzt die Lage als befriedigend ein. Allen gemeinsam ist aber die Unsicherheit. Was sollen wir also tun? Ich will auf diese Frage im folgenden Antworten suchen.

### Robuste Aargauer Industrie behauptet sich

Blutet unsere Industrie, in der immerhin mehr als ein Drittel der Aargauer Beschäftigten tätig sind, aus? Diese Frage haben wir uns seit Anfang 2015 gestellt, nicht erst seit der Übernahme von ALSTOM durch GE. Ich glaube, wir dürfen die Frage heute mit Nein beantworten – mindestens sofern sich das Umfeld nicht dramatisch verändert. Das breit abgestützte, durch viele KMU geprägte Branchenportfolio spricht gegen eine Aushöhlung der industriellen Basis. Der rasante Strukturwandel führt aber auch weiterhin beschleunigt zu schmerzlichen Anpassungen.

Das zeigt eindrücklich unsere diesjährige AIHK-Wirtschaftsumfrage. Im Januar haben wir wie gewohnt unsere Mitglieder nach ihrer Einschätzung gefragt. 675 Unternehmen (5 Prozent

mehr als im Vorjahr) mit über 61 000 Beschäftigten haben geantwortet. Die Unternehmen erwarten für 2016 eine Stabilisierung. Sie gehen nicht mehr von weiter sinkenden Umsätzen aus, erwarten allerdings auch keinen Aufschwung. Die Einschätzungen reichen von befriedigend in der Industrie bis schwach positiv im Dienstleistungssektor. Die Frankenstärke bzw. die Euroschwäche war und bleibt die grosse Herausforderung. Sie trifft den Kanton Aargau aufgrund seines exportorientierten, wechselkursensitiven Branchenportfolios besonders hart. Die Gewinnmargen der Unternehmen sind unter Druck, was ihre Investitionsbereitschaft verringert.

### Frankenstärke fordert Unternehmen weiter

85 Prozent der Industrieunternehmen haben deshalb bereits 2015 Massnahmen ergriffen, um die Auswirkungen der Frankenaufwertung zu mildern. Fast 40 Prozent müssen ihre Personalkosten verringern oder planen derartige Massnahmen. Jede zehnte Industriefirma hat mit einer (Teil-)Verlagerung der Geschäftstätigkeit ins Ausland reagiert. Im Dienstleistungssektor reagierte immerhin noch fast jede zweite Firma auf die Mindestkursaufhebung. In beiden Sektoren wurden als häufigste Massnahmen die Einkaufskosten verringert und Preisnachlässe im Verkauf gewährt.

Die Beschäftigung ist 2015 bei den antwortenden Unternehmen um insgesamt 1,1 Prozent gesunken. In der MEM-Branche wurde sogar jede 25., im gesamten Industriesektor jede 40. Stelle abgebaut. 2016 dürfte die Beschäftigung in der Aargauer Industrie um weitere 0,9 Prozent sinken, was gegen 1000 Stellen entspricht.

Vergessen wir nicht: Nicht der Wechselkurs von 1.20 Franken pro Euro ist das Ausgangsniveau der Euroabwertung, es sind vielmehr die 1.65 vom Jahr 2008, also vor der Finanzkrise. Die Frankenaufwertung ist also schon seit längerem im Gange und hat den Strukturwandel beschleunigt. Unsere Unternehmen mussten sich einer Fitnesskur



Neues Logo, bewährtes Motto: «Aktiv für die Unternehmen» präsentierte sich die AIHK auch an der diesjährigen Generalversammlung in Wettingen.

unterziehen und ihre Anpassungsfähigkeit unter Beweis stellen. Das ist den meisten gelungen. Der Kanton Aargau kann und soll nach meiner Auffassung deshalb auch in Zukunft ein starker Industriekanton bleiben. Mit Innovation und Tatkraft können neue Märkte erschlossen und damit wertvolle Arbeitsplätze im Aargau gehalten werden. Das ist unsere Chance und unsere Pflicht.

## Regulierungswut zügeln

Die Politik kann erfolgreiches Wirtschaften erleichtern, erschweren oder gar verunmöglichen. Was sie nicht kann, ist die Wirtschaft durch Eingriffe nachhaltig positiv beeinflussen. Die

umfangreichere Regulierungen geschaffen: Gemäss LexFind (ein Portal der in diesem Zusammenhang wohl unverdächtigen Staatsschreiberkonferenz) sind am 11. Mai 2016 auf schweizerischer Ebene 4934 Erlasse in Kraft gestanden, in den 20 Tagen davor sind 15 Änderungen in Kraft getreten. Für den Kanton Aargau liegen diese Werte bei 482 beziehungsweise 4. Für die kommunalen Regeln fehlen entsprechende Zahlen. Die Regulierungen aller drei Ebenen zusammen umfassen zehntausende von Seiten.

Diese **Verrechtlichung der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit** basiert auf dem Irrglauben, es könne und müsse alles detailliert geregelt sein und es er-



Vizepräsident Otto Suhner und Präsident Daniel Knecht in Höchstform.

gescheiterte Industriepolitik, beispielsweise in Frankreich, legt für diese Aussage ein klares Zeugnis ab. Wir wollen denn auch keine Subventionen. Planwirtschaftliche Eingriffe lehnen wir ab. Unsere Exportwirtschaft muss Käufer für ihre Produkte ausserhalb der Landesgrenzen finden. Weder der

*«Lassen Sie uns doch bitte in Ruhe arbeiten.»*

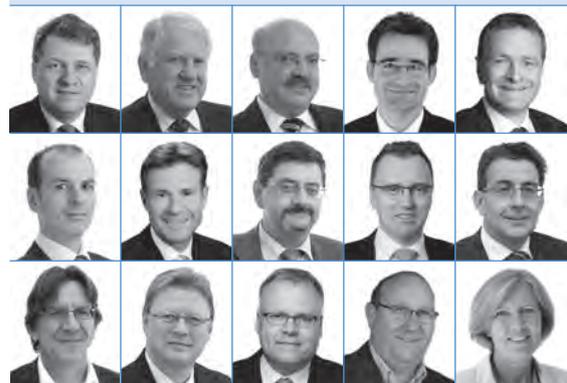
Kanton Aargau noch die Eidgenossenschaft können einen Bestellungs- oder Margenrückgang ausgleichen und als «buyer of last resort» wirken. Der Staat soll «nur» günstige und langfristig stabile Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit gewährleisten. Da befinden wir uns leider nicht auf gutem Wege. Es werden immer neue und

gebe sich daraus die absolute Gerechtigkeit. Nein, es werden dadurch einzig zeitgerechte Entscheide erschwert oder sogar verunmöglicht. Ich nenne nur ein Beispiel: die Umsetzung der neuen Rechnungslegungsvorschriften im OR hat den KMU wesentliche Mehrarbeit gebracht, ohne dass daraus ein Nutzen resultierte. Für die Anpassung von Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang musste mein Finanzchef persönlich netto eine Woche Arbeit zusätzlich aufwenden. Er fehlte bei anderen Projekten! Wem bringt das bei meinem Familienunternehmen etwas? Ich bin überzeugt, viele der hier Anwesenden können mit ähnlichen unerfreulichen Beispielen aufwarten.

Mit jeder weiteren Initiative und mit jedem weiteren Referendum nimmt die Rechtssicherheit ab. Auch das ist

## AUF EINEN BLICK

### Der AIHK-Vorstand für die Amtsperiode 2016–2020 (1)



#### Daniel Knecht, Präsident

Präsident des Verwaltungsrates der Knecht Brugg Holding, Brugg

#### Otto H. Suhner, Vizepräsident

Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Suhner Holding AG, Brugg

#### Veith Lehner, Vizepräsident

Mitglied der Geschäftsleitung der Max Lehner & Co. AG, Gränichen

#### Christian Bersier

Leiter Innovation und Neue Geschäftsfelder/ Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung der Energiedienst Holding AG, Laufenburg, Präsident der Regionalgruppe Fricktal

#### Dr. Hans-Jörg Bertschi

Präsident des Verwaltungsrates der Bertschi AG, Dürrenäsch

#### Roland Brack

Inhaber und Verwaltungsratspräsident der Brack Electronics AG, Mägenwil

#### Peter Bühlmann

CEO der Neuen Aargauer Bank AG, Aarau

#### Dr. Bruno Covelli

Geschäftsleiter und Delegierter des Verwaltungsrates der Tecova AG, Suhr

#### Markus Dobnik

Geschäftsführer der Artemis Immobilien AG, Aarburg

#### Peter Enderli

Leiter Rechnungswesen der Axpo Services AG, Baden, Präsident der Regionalgruppe Baden

#### Bruno Eugster

Leiter Produktion der DOTTIKON EXCLUSIVE SYNTHESIS AG, Dottikon, Präsident der Regionalgruppe Freiamt

#### Peter A. Gehler

Leiter Pharmapark Siegfried der Siegfried Holding AG, Zofingen, Präsident der Regionalgruppe Zofingen – wrz wirtschaft region zofingen

#### Andreas Heinemann

Gruppenfinanzchef Brugg der Kabelwerke Brugg AG Holding, Brugg, Präsident der Regionalgruppe Brugg – AIHK Region Brugg

#### René Hohl

Geschäftsführer und Inhaber der IT-Clever Net GmbH, Möriken, Präsident der Regionalgruppe Lenzburg

#### Silvia Huber

Präsidentin des Verwaltungsrates der Vivosan AG, Lengnau



Nette Begegnungen und gute Gespräche: Rund 450 Mitglieder und Gäste fanden den Weg an die AIHK-Generalversammlung 2016.

gefährlich für unsere Konkurrenzfähigkeit. Stabile Regeln waren lange ein wesentlicher Pluspunkt für die Schweiz.

Unser Kern-Wunsch an die Politikerinnen und Politiker ist deshalb eigentlich ganz bescheiden: **Lassen Sie uns doch bitte einfach in Ruhe arbeiten!** Überlegen Sie jeweils nicht, welches neue Gesetz ein aufgetretenes Problem lösen könnte. Fragen Sie sich vielmehr, ob es überhaupt eine neue Regelung braucht. Vielleicht löst sich das erkannte Problem ohne Eingriff der Politik einfacher oder sogar von selbst. Fortgeschrittene können sich zusätzlich fragen, welche der bestehenden Regulierungen abgebaut werden können. Weniger Regeln kosten im Vollzug weniger und tragen so auch zu gesunden Staatsfinanzen bei. Und das wollen wir ja alle.

### Zuverlässige Infrastrukturen – digital und real

Ebenfalls wichtig für den wirtschaftlichen Erfolg sind neben der Steuersituation die **Schaffung und der Unterhalt von leistungsfähigen und zuverlässigen Infrastrukturen**. Ohne Mobilität steht unsere Wirtschaft still. Das können und wollen wir uns nicht leisten. Im Schienen- wie im Strassenverkehr ist die heutige Situation bereits schwierig. Sie droht ohne entsprechenden Ausbau bereits in kurzer Zeit untragbar zu werden. Die vorhandenen Mittel müssen dementsprechend zielgerichtet eingesetzt werden, die Planungs- und Bewilligungsverfahren

müssen den übergeordneten Interessen gemäss schneller ablaufen. Strassenausbauprojekte bringen erst Entlastung, wenn sie in Betrieb sind. Die schönsten und besten Innovationsparks, Ausbildungsstätten und Hightech-Zonen nützen nichts, wenn sie nicht zeitgerecht in Betrieb gehen oder nicht zuverlässig erreicht werden können. Wir brauchen aber auch zeitgemässe, kostengünstige und sichere IT-Infrastrukturen. Hier gehören wir nicht zur Spitzengruppe und müssen uns markant verbessern.

### Schweizer Verhältnis zur EU pragmatisch klären

Notwendig, aber schwierig ist die **Klärung unseres Verhältnisses mit einem Europa, das selber in Unsicherheit steckt**. Die innere Uneinigkeit und die Abstimmung über den Austritt Grossbritanniens am 23. Juni lassen grüssen. Anstecken lassen dürfen wir uns nicht. Anzustreben ist eine pragmatische,

wirtschaftsverträgliche Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Alle politischen Lager sind aufgerufen, ihren (Kompromiss-)Beitrag zur Lösung des Knotens zu leisten. Als Grenzkanton ist es für den Aargau besonders wichtig, dass Grenzgänger nicht zahlenmässig beschränkt oder unnötig reglementiert werden. Für den Industrie- und KMU-Kanton Aargau ist es entscheidend, dass Fachkräfte weiterhin in der EU rekrutiert werden dürfen, sofern sie in der Schweiz nicht zu finden sind. Das soll auch administrativ einfach sein. Ein weiterer Ausbau der flankierenden Massnahmen ist deshalb aus unserer Sicht abzulehnen.

Nutzen wir die Chance bei den Aargauer Wahlen im Herbst. Wählen Sie Personen in Regierung und Parlament, welche wirtschaftsfreundlich sind und die Überregulierung vermeiden oder sogar abbauen wollen.

### Grosses Eigenengagement der Unternehmer

Wir als Unternehmer müssen den grössten Beitrag für eine erfolgreiche Zukunft des Wirtschaftsstandorts Aargau selber leisten. Dies können wir – wie gewohnt – mit grossem Eigenengagement tun und dürfen dabei auch auf die Unterstützung unserer Mitarbeitenden zählen. Die Pflege der Sozialpartnerschaft und gute Arbeitsbedingungen für die auf dem Arbeitsmarkt verfügbaren Personengruppen sind dabei wichtig. Denken wir daran: Die Zahl der im Inland verfügbaren Arbeitskräfte nimmt in den kommenden Jahren markant ab, wenn die



Zufriedene Gesichter bei AIHK-Geschäftsleiter Peter Lüscher, Regierungsrat Stephan Attiger, AIHK-Präsident Daniel Knecht, Gastreferent Thierry Courvoisier und Regierungsrat Alex Hürzeler. (Bilder: SU Productions)

Babyboomer-Generation nun nach und nach in den Ruhestand tritt. Dieser Herausforderung müssen wir mit geeigneten Massnahmen zur Sicherung der Verfügbarkeit von Fachkräften auf betrieblicher Ebene begegnen. Dafür braucht es Aus- und Weiterbildung, nicht staatliche Zwangsmassnahmen.

Hohe Kosten lassen sich gegenüber den



Engagierter Gastreferent: Der Astrophysiker Thierry Courvoisier warb dafür, die Wissenschaften nicht in ein allzu enges Korsett stecken zu wollen.

Kunden nur rechtfertigen, wenn dafür unsere Produkte besser sind. Stete Innovation ist die Grundlage dafür. Der Staat kann diese zwar erleichtern, aber nicht selber realisieren. Es braucht in erster Linie unternehmerische Leistung. Wir als AIHK unterstützen Sie dabei gerne, sei das bei Industrie 4.0 mit unserem seit Jahrzehnten bewährten FITT, aber auch mit der Beratung durch unsere Export- und Kassenfachleute oder unsere Juristen. Scheuen Sie sich nicht, unserer Geschäftsstelle Ihre Anliegen zu unterbreiten.

Damit die Politik wirtschaftsfreundlich entscheidet, braucht es entsprechende Köpfe in Gemeinderäten, Grosse Rat, Regierungsrat. Viele dieser Behörden

### «Machen wir selber Politik!»

werden mit Milizpolitikern besetzt und können nur auf dieser Basis funktionieren. Erfüllen wir unsere daraus resultierende Verpflichtung und nutzen wir die Chance. Machen wir selber Politik und/oder ermöglichen wir es Mitarbeitenden politisch tätig zu sein!

## Dank

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch danken:

Ich danke unseren mittlerweile 1732 Mitgliedunternehmen für ihr tägliches Engagement für eine florierende Wirtschaft.

Ich danke den Politikerinnen und Politikern für ihren wertvollen Einsatz für unser Staatswesen, für gute Rahmenbedingungen und ein offenes Ohr für die Wirtschaft.

Ihnen, sehr verehrte Gäste, danke ich für das Interesse an der AIHK und für Ihre Teilnahme an unserer Generalversammlung.

Ganz zum Schluss danke ich meinen beiden Vizepräsidenten Otto H. Suhner und Veith Lehner, unseren Vorstandsmitgliedern sowie den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle für ihre Unterstützung – zum Glück und Wohl der AIHK.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## FAZIT

Die Wirtschaftslage ist nach wie vor schwierig und unsicher, auch wenn es im Binnenmarkt mehrheitlich nicht schlecht läuft. Der harte Anpassungsprozess an die veränderten Wechselkursverhältnisse wurde schergewichtig in der Industrie und im Detailhandel (verschärft durch den Onlinehandel) absorbiert. Unsere Unternehmen sind fit in diese Situation gekommen und behaupten sich erfolgreich. Dank grossem Engagement von Unternehmern und Mitarbeitenden haben sie auch in Zukunft ihre Chance. Als Grundlage dafür müssen Politikerinnen und Politiker aufhören, immer weiter an der Regulierungsschraube zu drehen. Zu starkes und zu langes Drehen an einer Schraube kann bekanntlich die Schraube und das dazugehörige Gewinde kaputt machen. Das wollen wir nicht.

## AUF EINEN BLICK

### Der AIHK-Vorstand für die Amtsperiode 2016 – 2020 (2)



#### Thomas Huber

Präsident des Verwaltungsrates und Geschäftsführer der Huber & Co. AG Bandfabrik, Oberkulm, Präsident der Regionalgruppe Wynental

#### Robin Indermaur

Legal Counsel Switzerland, GE Global Growth Organization der General Electric (Switzerland) GmbH, Baden

#### Dr. Marianne Klöti

Partnerin der Wunderlin Klöti Bürgli Rechtsanwälte, Baden

#### Christian Kuoni

Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Jakob Müller Holding AG, Frick

#### Josef Lingg

Stv. CEO / Chief Supply Chain Officer der MAMMUT SPORTS GROUP AG, Seon

#### Kurt Lötscher

Head Group Public Affairs Switzerland/ Chairman's Communicator der ABB Asea Brown Boveri Ltd, Zürich

#### Dieter Matter

CEO und Inhaber der Algra AG, Merenschwand

#### Bruno Müller

CEO der Müller Martini AG, Zofingen

#### Josef Nietlisbach

Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Profilpress AG, Muri

#### Dr. Markus Rückel

Leiter Service Basel, PSS der F. Hoffmann-La Roche AG, Basel

#### Beat M. Schelling

Verwaltungsratspräsident der SCHELLING AG, Rapperswil

#### Ines Schmid Streuli

Geschäftsführerin der Schmid Textilrewashing AG, Suhr, Präsidentin der Regionalgruppe Aarau – Handels- und Industrieverein Region Aarau

#### Martin Schoop

Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Schoop & Co. AG, Baden-Dättwil

#### Lukas Weibel

Geschäftsführer der Intertime AG, Eendingen, Präsident Regionalgruppe Zurzach – Regionalgruppe Zurzibiet AIHK

#### Marianne Wildi

Vorsitzende der Geschäftsleitung der Hypothekbank Lenzburg, Lenzburg



David Sassan Müller, lic. iur., Rechtsanwalt  
Juristischer Mitarbeiter der AIHK, Aarau

## Initiativen und Referendum aus links-grünem Köcher

**Die Sommerferien nahe. Wenige Wochen nach den Ferien, nämlich am 25. September 2016, steht der nächste Abstimmungstermin an. Dabei werden drei eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung gebracht. Ob und allenfalls welche kantonalen Vorlagen zur Abstimmung gelangen werden, ist derzeit noch offen. Vor der Sommerpause will die AIHK die eidgenössischen Vorlagen, bei denen sich ein Graben zwischen Bürgerlichen und Links-Grün abzeichnet, kurz vorstellen.**

Am 25. September 2016 wird über drei eidgenössische Vorlagen abgestimmt; zwei Initiativen und ein Bundesgesetz, gegen welches das Referendum ergriffen wurde. Bei der ersten Vorlage handelt es sich um die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)», welche aus der Feder der Grünen Partei stammt. Die Grünen wollen mit dieser Initiative eine grüne Kreislaufwirtschaft in der Bundesverfassung festschreiben. Der ökologische Fussabdruck der Schweiz soll bis ins Jahr 2050 massiv reduziert werden, wodurch die Schweiz zu einer Senkung des Ressourcenverbrauchs um fast zwei Drittel gezwungen würde. Um dieses radikale Ziel zu erreichen, wären Bund, Kantone und Gemeinden verpflichtet, noch nicht definierte Massnahmen zu ergreifen. Die AIHK lehnt diese Initiative entschieden ab. In den August-Mitteilungen werden wir unsere Argumente gegen diesen «grünen Zwang» ausführlich darlegen, weshalb sich dieser Beitrag im Weiteren den beiden anderen Vorlagen widmet.

### **Asoziale, gefährliche AHV-Initiative**

Bei der zweiten Vorlage handelt es sich um die Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV» des schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Die Initiative verlangt, die Altersrenten der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) künftig zu erhöhen. Alle AHV-Rentner sollen Anspruch auf einen

Rentenzuschlag von 10 Prozent haben, völlig egal ob sie eine Rentenerhöhung überhaupt brauchen oder nicht. Vermögende Rentner erhielten grundlos eine höhere AHV-Rente, obwohl sie das Geld nicht wirklich benötigen. Gleichzeitig würden mit Annahme dieser Gewerkschaftsinitiative auf Ergänzungsleistungen angewiesene Rentner benachteiligt. Schliesslich hätte die Initiative zur Folge, dass die Ergänzungsleistungen infolge Erhöhung der AHV-Rente gekürzt würden. Abgestraft würden bei Annahme der SGB-Initiative im Endeffekt paradoxerweise genau die Rentner mit tiefem Einkommen, zumal die erhöhten

AHV-Renten anders als die folglich reduzierten Ergänzungsleistungen steuerpflichtig wären. Mit der infolge einer Rentenerhöhung konsequenterweise einhergehenden Reduktion von Ergänzungsleistungen entfallen allenfalls auch Prämienverbilligungen bei der Krankenkasse oder andere Vergünstigungen. Von «AHVplus» würden also nicht etwa diejenigen profitieren, die es nötig hätten, sondern nur die Falschen. Die Initiative ist völlig asozial.

Wie die mittels «AHVplus» vom SGB geforderten Rentenerhöhungen zu finanzieren sind, darüber haben die Initianten gar nicht erst nachgedacht!

### *«AHVplus begünstigt die Falschen»*

Der Initiativtext äussert sich mit keiner einzigen Silbe dazu. In den August-Mitteilungen erläutern wir näher, wie stark «AHVplus» unser Rentensystem gefährden und welche weiteren, negativen Konsequenzen eine Annahme für die Wirtschaft zur Folge hätte.

### **Referendum gegen das neue Nachrichtendienstgesetz**

Am 25. September 2015 hat die Bundesversammlung im Nationalrat mit 145 Ja- zu 41 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen sowie im Ständerat mit 35 Ja- zu 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen das *Bundesgesetz über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz)* definitiv verabschiedet. Eine unter der Bezeichnung «Bündnis gegen den Schnüffelstaat» operierende Allianz aus Jungsozialisten, Grünen, Alternativen und Kommunisten sowie weiteren, kleineren Parteien oder Organisationen bekämpft das vom Parlament verabschiedete Nachrichtendienstgesetz mit einem Referendum. Aus diesem Grund wird die Vorlage exakt ein Jahr nach dessen parlamentarischer Verabschiedung dem Stimmvolk unterbreitet. Das Nachrichtendienstgesetz bildet damit die dritte eidgenössische Vorlage vom 25. September 2016. Bei Annahme der Vorlage wäre die Inkraftsetzung des neuen Nachrichtendienstgesetzes frühestens Mitte 2017 möglich.

### Aargauer Komitees

#### **«NEIN»-Komitees zu den Initiativen**

In zwei separaten, überparteilichen Komitees engagiert sich die AIHK gegen die beiden radikalen, gefährlichen und undurchdachten Initiativen. Wir laden auch Sie dazu ein, in diesen beiden **Aargauer Komitees** mitzumachen. Nähere Informationen finden Sie auf der jeweiligen Komitee-Webseite:

**NEIN zu «AHVplus»**  
[www.aargauerkomitee.ch/ahvplus-nein](http://www.aargauerkomitee.ch/ahvplus-nein)

**NEIN zur Initiative «Grüne Wirtschaft»**  
[www.aargauerkomitee.ch/gruenewirtschaft-nein](http://www.aargauerkomitee.ch/gruenewirtschaft-nein)

Der Bundesrat und die Bundesversammlung bezwecken mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz die Schaffung einer modernen, gesamtheitlichen Gesetzesgrundlage für alle (zivilen) nachrichtendienstlichen Tätigkeiten.

### «Sicherheit versus Privatsphäre?»

Die heute in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Grundlagen sollen neu in einem 54 Seiten umfassenden Gesetz (inkl. Anhang betreffend Fremdänderungen) kodifiziert werden. Inhaltlich sieht das neue Gesetz zusammenfassend folgende Neuerungen vor:

- Die zur Lagebeurteilung und Prävention erforderliche Informationsbeschaffung wird neu ausgerichtet und es werden neue Massnahmen zur Informationsbeschaffung eingeführt, welche an die veränderte und komplexere Bedrohungslage angepasst sind.
- Die Datenerfassung und Datenhaltung in einem Verbund von Informationssystemen wird differenziert geregelt, indem definiert wird, wie und durch wen diese bearbeitet oder verwendet werden dürfen.
- Das Kontrollregime und damit die Aufsicht über die Tätigkeiten des Nachrichtendienstes des Bundes werden neu geregelt, um die Recht- und Verfassungsmässigkeit der nachrichtendienstlichen Aktivitäten zu gewährleisten.

Die Befürworter begründen die Vorlage im Wesentlichen damit, dass das neue Gesetz es ermögliche, die Sicherheit der Schweiz zu erhöhen und wichtige Landesinteressen zu wahren. Gleichzeitig betonen die Befürworter die Wahrung der individuellen Freiheit der Bürger und dass Eingriffe in die Privatsphäre auch mit dem neuen Gesetz nur mit grösster Zurückhaltung erfolgen würden.

### Im Interesse des Landes

Demgegenüber befürchten die Gegner des neuen Nachrichtendienstgesetzes in erster Linie ein Ende der Privatsphäre. Dem Schnüffelstaat, welcher seine Bürger auch ohne konkreten Verdacht überwache, würden mit dem neuen Gesetz Tür und Tor geöffnet.

Laut den Gegnern liefe mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz jedermann Gefahr, dass Telefongespräche abgehört, E-Mails oder andere elektronische Nachrichten mitgelesen, Internetaktivitäten systematisch überwacht und allenfalls sogar Privaträume verwandt oder private Computer mit Staatstrojanern infiltriert würden. Die Gegner befürchten ausserdem, dass die auf diese Weise gesammelten Daten sodann während längerer Zeit gespeichert würden. Die mit dem neuen Gesetz vorgeschlagenen Massnahmen seien laut Gegnern von einem paranoiden Misstrauen der Kalten Krieger gegen seine Bürger geprägt und würden nicht zwingend zu mehr Sicherheit führen.

Die AIHK wird im August die Parole zum Nachrichtendienstgesetz fassen und diese anschliessend verbreiten.

### FAZIT

Auf Verlangen von Vertretern aus linken Kreisen werden am 25. September 2016 drei eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung gebracht. Zum neuen Nachrichtendienstgesetz wird der Vorstand der AIHK im August die Parole beschliessen. Zu den beiden Volksinitiativen hat der AIHK-Vorstand bereits im Januar jeweils einstimmig die NEIN-Parole beschlossen. Die beiden Initiativen bergen nämlich ein enormes Mass an Ungewissheit für die Unternehmen und würden bei Annahme jedenfalls massiv einschneidende Konsequenzen nach sich ziehen. Die beiden Initiativen sind undurchdacht und gefährlich. Die AIHK engagiert sich daher für ein NEIN zur «AHVplus»-Initiative und ein NEIN zur Initiative «Grüne Wirtschaft». Über Ihre Unterstützung der beiden Aargauer Komitees (s. Box), welche sich gegen diese wirtschaftsfeindlichen Initiativen engagieren, würden wir uns sehr freuen.

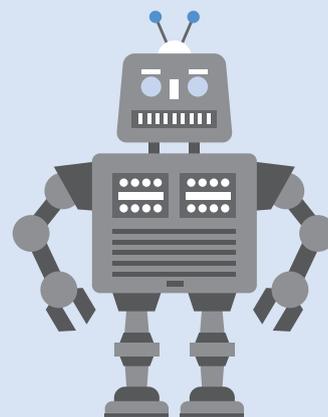
### NICHT VERPASSEN

#### AIHK-Generalversammlung 2017

Reservieren Sie sich den Termin für die nächste Generalversammlung bereits heute:

**Donnerstag, 1. Juni 2017,  
16.00 bis 19.30 Uhr**

### NICHT VERPASSEN



#### AIHK-Forum für Personalfragen 2016: Industrie 4.0 im Arbeitsverhältnis

Am Thema «Industrie 4.0» gibt es praktisch kein Vorbeikommen. Doch was bedeutet die sogenannte vierte industrielle Revolution eigentlich für die klassischen Arbeitsverhältnisse? Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für Arbeitgeber und Arbeitnehmer? Wie sehen die Arbeitsplätze der Zukunft aus? Und kommt mit der Industrie 4.0 auch ein «Arbeitsrecht 4.0»?

Im AIHK-Forum für Personalfragen 2016 werden genau diese Aspekte der Industrie 4.0 etwas genauer unter die Lupe genommen. Freuen Sie sich auf einen spannenden Nachmittag mit versierten Referentinnen und Referenten.

Mittwoch, 31. August 2016, 13.30 bis ca. 17.15 Uhr, anschliessend Apéro Riche. Anmeldung und weitere Infos unter [www.aihk.ch/agenda](http://www.aihk.ch/agenda)

### SCHLUSSPUNKT

**«Der Glaube, Senfkorn gross, versetzt den Berg ins Meer. Denkt, was er könnte tun, wenn er ein Kürbis wär.»**

Angelus Silesius, 1624–1677,  
deutscher Lyriker, Theologe und Arzt

Neue Serie: Aargauer Bundesparlamentarier im Duett befragt

## Sylvia Flückiger-Bäni (SVP) vs. Beat Flach (GLP)

Seit dem letzten Herbst, als der Aargau seine Vertreterinnen und Vertreter für den National- und Ständerat gewählt hat, sind bereits einige Monate vergangen. Zeit, um den gewählten Politikerinnen und Politikern auf den Zahn zu fühlen: Im Rahmen einer Serie bittet die AIHK jeweils zwei Aargauer Bundesparlamentarier zum Direktvergleich. Heute im Fokus sind Sylvia Flückiger-Bäni von der SVP und Beat Flach von der GLP.

### DIE HEUTIGEN FRAGEN

1. Welches ist aus Ihrer Sicht die wichtigste Volksabstimmung in nächster Zeit?
2. Mit welchem/welcher Bundesparlamentarier/-in möchten Sie gerne mal einen Kaffee trinken gehen?
3. Wie stehen Sie zur Energiestrategie 2050 des Bundes?
4. Was möchten Sie in Ihrem Amt als Nationalrat/Nationalrätin unbedingt noch erreichen?

(Interview: su.)



Sylvia Flückiger-Bäni,  
SVP  
Im Nationalrat seit 2007

1. Sämtliche Vorlagen, die unsere Unternehmen gefährden, sind abzulehnen. Z.B. die Volksinitiative «für eine Grüne Wirtschaft»; das ist Planwirtschaft pur. Unsere Betriebe gehören dank eigenen Anstrengungen und marktwirtschaftlichen Anreizen heute zu den nachhaltigsten der Welt, und brauchen keine Bevormundung. Besonders müssen wir

die Unternehmenssteuerreform III im Auge behalten. Die SP ist bereits motiviert, das Referendum zu ergreifen. Die Schweiz muss unbedingt ein steuerlich attraktiver Standort bleiben und zwar besonders auch für unsere zahlreichen KMU.

2. Mit Jacqueline Badran. Von ihr möchte ich wissen, warum sie als selbst-deklarierte KMU-Unternehmerin immer wieder wirtschaftsfeindliche Positionen vertritt.

3. Es ist zentral, dass die Schweiz auch in Zukunft sicher, autonom und zu wettbewerbsfähigen Preisen mit Energie versorgt werden kann. Bei der Umsetzung der Energiestrategie 2050 sollte vermehrt auf marktwirtschaftliche Anreize statt auf Gebote, Verbote und Preisvorgaben gesetzt werden. Überregulierungen, Verbote und Subventionen bringen massive Preissteigerungen mit sich. Bezahlen dürfen dann erneut der Mittelstand, die KMU und die ländlichen Regionen. Das ist inakzeptabel.

4. Als aktive KMU-Unternehmerin setze ich mich auch in Zukunft für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und den Abbau der fiskalischen und bürokratischen Belastung der Unternehmen ein. Das Bürokratiemonster mit über 2000 Seiten bzw. das Verordnungspaket zum neuen Lebensmittelgesetz (Projekt Largo) muss unbedingt zu Fall gebracht werden. Die Unternehmer, als die grössten Steuereintreiber des Bundes, sollen für die Ausstellung der Mehrwertsteuerabrechnung einen Pauschalabzug tätigen können.



Beat Flach, GLP  
Im Nationalrat seit 2011

1. Es stehen mehrere wichtige Abstimmungen bevor: Die grüne Wirtschaft, für die ich kämpfe, das Nachrichtendienstgesetz, das ich befürworte und die AHVplus-Initiative. Letztere will das ohnehin aus dem Gleichgewicht geratene Verhältnis zwischen Einzahlenden und Beziehenden noch weiter verschärfen, indem quasi mit der Giesskanne den AHV-Pensionären 10 Prozent höhere Renten ausgeschüttet wird. Die Altersvorsorge und mit ihr der Generationenvertrag müssen auf Grund der demographischen Entwicklung neu gestaltet werden, aber die Initiative geht in die falsche Richtung.

2. Ich pflege ein kollegiales Verhältnis über alle Parteigrenzen hinweg und könnte nicht sagen, mit wem ich nicht einen Kaffee trinken würde.

3. Ich unterstützte den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie. Das heisst keine neuen Atomkraftwerke in der Schweiz, aber ein Weiterbetrieb der bestehenden, solange deren Sicherheit gewährleistet ist. Leider hat das Parlament auf ein Langzeitbetriebskonzept für die bestehenden Kernkraftwerke verzichtet. Damit wurde vom zentralen Grundsatz «safety first» abgewichen. Hier braucht es Nachbesserungen. Subventionen wie die KEV unterstütze ich in einer Übergangsphase. Wir müssen aber so rasch wie möglich den Übergang vom Fördern zum Lenken vollziehen. Kohle- und Atomstrom muss mit einer wirksamen Lenkungsabgabe versehen werden, welche Kostenwahrheit schafft. Dann setzen sich die erneuerbaren Energien auch ohne Subventionen durch, was letztlich zu einer Stärkung des Schweizer Wirtschaftsplatzes führen wird.

4. Wir versuchen in der Schweiz viel zu viel mit Verboten und formalistischen Vorschriften zu regeln. Ich möchte so viele Verbotserlasse wie möglich durch Anreize und Selbstkontrolle ersetzen.